Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Inserate übernehmen ausserhalb Berlins: Bonn: M. Cohen. — Bremen: E. Schlotte, Wilh. Schüttler. — Breslau: S. Salomon. — Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co. — Hamburg: Haasenstein & Vogler, Joh. Nordtmann, Adolf Steiner, William Wilkens. — Görlitz: C. Schoenwald. — Mainz: D. Frenz. — Minden: C. Marowski. —

Wien: M. Dukes, I., Wollzeile No. 6—8; A. Oppelik, I., Stubenbastei 2. — Frankreich, England und Belgien: Alleinige Annahme bei der Compagnie générale de Publicité Etrangère, John F. Jones & Cie. in Paris, 31bis rue du Faubourg Montmartre. — Schweiz: Orell Füssli & Co., Zürich.

Nr. 500. [31. Jahrgang.] Berlin, Montag den 26. Oktober 1891, Abends. [31. Jahrgang.] Nr. 500.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich Morgens und Abends, mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag Morgen, bei besonderen Ereignissen in Extra-Ausgaben. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich **7 Mark 50 Pf., für das übrige Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag, und werden Abonnements bei den betreffenden Postanstalten angenommen.** Für **Berlin** nehmen **sämmtliche Zeitungsspediteure** und die **Expedition** dieser Zeitung **Wilhelmstraße 32,** Abonnements vierteljährlich zum Preise von **7 Mark 50 Pf.** sowie die **Post-Expeditionen 8 Mark** inkl. Bestellgebühr entgegen. Preis der einzelnen Nummer 10 Pf. Inserate nimmt die Expedition zum Preise von **40 Pf.** pro fünfgespaltene Petitzeile an. Beiträge für die **Redaktion** der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sind an diese: **Berlin SW. Wilhelmstraße 32,** zu richten, **und wird gleichzeitige Honorarangabe erbeten.**

Fernsprech-Anschluß Nr. 6514. **Nachträgliche Manuskripte finden keine Berücksichtigung,** unbenützte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden. **Fernsprech-Anschluß Nr. 6514.**

Für die Monate **November** und **Dezember** eröffnen wir ein besonderes Abonnement zum Preise von ℳ **5.** Bestellungen werden bei allen **Reichs-Postanstalten,** in Potsdam bei **A. H. Busch,** Kanal Nr. 19, außerdem in **Berlin** bei den **Zeitungs-Spediteuren** und in der Expedition der „**Nordd. Allg. Ztg.**", Wilhelmstraße Nr. 32, angenommen.

Politischer Tagesbericht.

Berlin, 26. Oktober.

In einer seiner Reden auf dem Erfurter Parteitage hat der Abg. Bebel Denen, welche sich darauf berufen, daß die Massen eigentlich innerlich der Sozialdemokratie nicht angehören und Viele nur so im Troß mitmachten, entgegengehalten, das nächste Ziel der Sozialdemokratie, die Eroberung der politischen Macht, ließe sich doch ohne die Massen gar nicht erreichen.

Herr Bebel hat denn auch den Weg angedeutet, auf dem er hoffe, die Massen ganz für sich gewinnen zu können, sie zu perfekten Sozialdemokraten zu machen. Er sagt: die Menschen sprängen nicht als fix und fertige Sozialdemokraten aus der heutigen Gesellschaft heraus, sie würden daran durch ihre Vorurtheile gehindert; diese aber wurzelten in ihrer Erziehung. Auf das Erziehen zu Sozialdemokraten will sich daher Herr Bebel verlegen. Er meint, es werde ihm dies nicht schwer werden, denn Anfangs habe es sozialdemokratische Väter und Mütter nicht gegeben, welche Sozialdemokraten hätten erziehen können; jetzt aber sei die ältere Generation bei sozialdemokratischen Eltern und Mutter von Kindern geworden, die sie zu firmen Sozialdemokraten erzogen.

Was Herr Bebel da sagt, ist — leider richtig, und manche unliebsame Erscheinung, welche uns auf dem Gebiete der Jugenderziehung nicht nur, sondern überhaupt in dem Verhalten der Jugend entgegentritt, dürfte sich daraus erklären lassen. Die Abwehr gegen die sozialdemokratische Versuchung wird sich daher wesentlich auch auf dieses Gebiet zu richten haben, und zwar ernsthafter und eindringlicher noch, als es bisher schon geschehen. Denn, wie ein anderer Vorgang des Erfurter Kongresses zeigt, denkt die Sozialdemokratie allen Ernstes daran, diese ihre „Erziehung" nicht nur den Vätern und Müttern zu überlassen, sondern auch von Partei wegen in die Wege zu leiten.

Man hat in Erfurt beschlossen,

„den bestehenden Mitgliedern der Partei zur Pflicht zu machen, ihr Augenmerk mehr wie früher darauf zu richten, daß eine Jugendliteratur zu Stande kommt, welche in unterhaltender Weise, dem Wesen der Kindheit entsprechend, den Geist und das Fühlen der Jugend im Sinne des Sozialismus weckt und bildet."

Dieses „Unternehmen" soll, so ist weiter beschlossen worden, dadurch organisirt werden, daß eine Kommission dafür sorgt, eine Literatur in diesem Sinne zu schaffen, resp. solche in anderer Sprache erschienenen Werke ins Deutsche zu übersetzen, und daß diese Literatur dann agitatorisch der Jugend zugänglich gemacht wird.

Staat und Gesellschaft werden es als eine Aufgabe der Selbsterhaltung betrachten müssen, diesem Unternehmen ihre vollste Aufmerksamkeit zu schenken.

Muß die Erziehung, welche man der Jugend giebt, dahin gerichtet sein, Geist und Gemüth so zu bilden, daß, falls die sozialrevolutionäre Versuchung an den reifen Menschen herantritt, er sie als frevelhafte Schädigung des eigenen und allgemeinen Besten zu erkennen vermag, liegt auf diesem Gebiete der Kirche und Schule noch eine bisher nicht genügend gelöste Aufgabe ob, so wird man der nunmehr geplanten, agitatorisch zu betreibenden Vergiftung der Jugendkeele durch eine solche Tendenzliteratur doch wohl andere Machtsphären entgegenzustellen sich entschließen müssen, als jene ethischen Kräfte, welche am Werke der Jugend zunächst mitzuwirken berufen sind.

Wir unterlassen positive Vorschläge in dieser Richtung, wollen aber darauf hinweisen, daß von anderer Seite bereits eine Zensur der Jugendliteratur im Hinblick auf diesen Beschluß des Erfurter Parteitages gefordert worden ist.

Man ist im Zuge, eine Reform des höheren Unterrichtswesens durchzuführen und dem Volksschulwesen eine gesetzliche Grundlage zu geben, von welcher aus dasselbe eine neue ersprießliche Weiterentwickelung nehmen soll. Die mit diesen Bestrebungen verfolgten Ziele würden verfehlt werden müssen, falls man mit verschränkten Armen dem in der Organisation begriffenen sozialdemokratischen „Erziehungswerke" zusehauen wollte. Eine Partei, welche sich selbst von jenem allgemeinen Rechtsboden entfernt, ohne dessen gesichertem Fortbestand der Kulturstaat untergehen muß, eine Partei, welche diesen Untergang ausgesprochenermaßen zum Ziel nimmt, wird dieses Unternehmen beaufsichtigen dürfen, mit gleichem Maße wie Andere gemessen zu werden. Will man aber von jener Seite dazu übergehen, sich die Zukunft zu sichern, indem man agitatorisch seine Tendenzen unter der Jugend zu verbreiten beginnt, dann würde es die Selbsterhaltungspflicht verlangen helfen, falls solchem Unterfangen nicht ein Halt geboten würde, welches der Gesellschaftsordnung solchen Treibens entspricht. Zu diesem Zwecke wird es kaum genügen, an Schule und Kirche und an den Einfluß der Familie zu appelliren, es werden andere, augenfälligere Kräfte zur Abwehr herangezogen werden müssen. Caveant consules!

Die dieser Tage in Berlin von Seiten der Steuer- und Einquartierungsdeputation des Magistrats bewirkte Vertheilung von die **Staatseinkommensteuer betreffenden Formularen** ist in einer Weise geschehen, die zu Mißverständnissen Veranlassung geben könnte. Während es sich thatsächlich nur um die alljährlich stattfindende Personenstandsaufnahme handelt, die für Steuerzwecke erfolgen muß, und nicht weiter, ist dadurch, daß eine genaue Ausfüllung des betreffenden Formulares erfordert wird und in diesem Formular die Rubriken für eine ganz spezialisirte Angabe des Einkommens gleichwerthig mit allen anderen erscheinen, der Glaube entstanden, die Steuerzahler seien schon jetzt zur Abgabe der durch das Gesetz neu eingeführten Steuererklärung verpflichtet. Und da weiter verlangt wird, daß die Formulare, gehörig ausgefüllt, an den Eigenthümer der Wohnung resp. dessen Stellvertreter zurückzuliefern sind, hat mit Recht der Argwohn entstehen können, durch das neue Gesetz werde dem Hauswirth oder dem „Herrn Portier" das Recht gewährt, sich einen genauen Einblick in die Vermögensverhältnisse der Miether zu verschaffen. Zu Mißverständnissen aber wird durch das Gesetz selbst den Mitgliedern der Einschätzungskommissionen die Geheimhaltung des Ergebnisses unter Androhung von Strafen aufgegeben. Die Steuer- und Einquartierungsdeputation des Magistrats zu Berlin hat, gewiß alle Veranlassung, sich keine unnützliche Arbeit zu machen. Wenn es sich aber um einen Akt, wie die Ueberführung des neuen Steuergesetzes in die praktische Wirklichkeit handelt, sollte billigerweise Jedem Beteiligten, möglichst schonend und entgegenkommend vorzugehen, und der Wunsch, keine unnützliche Aufregung und keinen falschen Verdacht entstehen zu lassen, stark genug sein, um das an und für sich zu berechtigte bureaukratische Trägheitsmoment wenigstens soweit zu überwinden, daß der Bevölkerung mindestens diejenige Dosis Belehrung nicht vorenthalten werde, welche durch die finanzministerielle Ausführungsbestimmung zum Steuergesetz ausdrücklich vorgeschrieben ist. Es heißt in Artikel 36 der Ausführungsbestimmungen zum Gesetze ausdrücklich, es könne den Haushaltungsvorständen anheimgegeben werden, freiwillige Angaben über ihre und ihrer Haushaltungsangehörigen Einkommensverhältnisse zu machen. Derartige Aufforderungen müssen jedoch eine Belehrung darüber enthalten, daß die Unterlassung von Angaben über die Einkommensverhältnisse in der Hauptliste einen Rechtsnachtheil nicht nach sich zieht, daß aber wissentlich unrichtige Angaben mit Strafe bedroht sind. Nr. V. der Vorbemerkungen der Steuer- und Einquartierungsdeputation des Magistrats aber besagt weiter nichts, als daß Angaben zur Vermeidung irriger Annahmen bei der Veranlagung in den für die Einschätzung bestimmten Kol. 8 bis 16 zu machen, den Bewohnern anheimgestellt wird, und daß wissentlich unrichtige Angaben der Strafbestimmung in § 66 des Einkommensteuer-Gesetzes unterliegen. Diese Art der Belehrung kann als eine ausreichende in keiner Weise angesehen werden, sie ist in der That beinahe schlimmer als gar keine.

Thatsächlich handelt es sich also bei den heute ausgegebenen Formularen vor dem 23. d. M. an den Hauswirth oder dessen Stellvertreter zurückzugebenden Formularen noch nicht um die Ermittelung des Einkommens, sondern um die Aufnahme des Personenstandes. § 21 des Gesetzes vom 24. Juni 1891 besagt, daß vor Beginn des Veranlagungsgeschäftes jeder Gemeindevorstand eine vollständige Nachweisung aller in dem Gemeindebezirke vorhandenen steuerpflichtigen Personen, Gesellschaften und Genossenschaften, Gemeindeanstalten und gewerblichen Unternehmungen aufzunehmen habe. Nur diese Aufnahme des Personenstandes soll durch die jetzt verbreiteten Formulare bewirkt werden. Jeder Hausbesitzer oder dessen Stellvertreter ist nach § 22 des Gesetzes verpflichtet, der Aufnahmebehörde die auf dem Grundstücke vorhandenen Personen mit Namen, Berufsoder Erwerbsart anzugeben. Ebenso haben die Haushaltungsvorstände den Hausbesitzern oder deren Vertretern Auskunft über die zu ihrem Haushalte gehörigen Personen einschließlich der Unter- und Schlafstellenmieter zu ertheilen. Diese Angaben müssen mithin in den Formularen gemacht werden. Die unvollständige oder unrichtige Ertheilung der Auskunft nach § 68 des Gesetzes mit Geldstrafe bis 300 ℳ geahndet.

Dagegen braucht von den Haushaltungsvorständen und sonstigen Steuerträgern über ihr eigenes Einkommen eine Erklärung in den jetzt verbreiteten Formularen nicht abgegeben zu werden. Die Abgabe dieser Erklärung erfolgt vielmehr nach § 24 des Gesetzes erst auf die durch öffentliche Bekanntmachung ergehende Aufforderung, und zwar in einer auf mindestens vierzehn Tage zu berechnenden Frist, auf besonderen Formularen, welche den Steuerpflichtigen zugleich mit dem Erlaß der öffentlichen Aufforderung von Amtswegen zugestellt werden.

Diese Aufforderung zur Steuererklärung steht noch aus und wird erst zu dem von uns bereits angekündigten Termin zu Anfang des neuen Jahres erfolgen. Die jetzt auszufüllenden Formulare haben nicht den Zweck, das Einkommen, sondern nur die Personen der Steuerzahler festzustellen.

Zu den Lieblingsidealen der bürgerlichen Demokratie gehörte, bei der Reform der Einkommensbesteuerung den Landrath so viel als irgend möglich aus der **Leitung des Veranlagungsgeschäftes** zu verdrängen, und war man auf jener Seite sehr ungnädig darüber, wenn das Einkommensteuergesetz nur fakultativ in Aussicht nahm, den Veranlagungskommissionen einen anderen Vorsitzenden als den Landrath zu geben, wo nämlich nur andere wegen Ueberhäufung mit anderen Geschäften nicht zur Wahrnehmung gedachter Funktion im Stande wäre.

Besonderen Werth legten Jene auf die Besetzung der Stellen des Vorsitzenden der Veranlagungskommissionen mit richterlichen Beamten. Im Hinblicke hierauf ist folgende Meldung des „Berl. Tgbl." nicht ohne Interesse:

„Bekanntlich hat der Finanzminister vor einiger Zeit durch Vermittelung des Justizministers bei Land-, Amtsrichtern und Staatsanwalten von einer gewissen Anciennetät anfragen lassen, ob sie geneigt wären, die Stellungen von Vorsitzenden der Einkommensteuer-Veranlagungskommissionen anzunehmen. Obwohl nun die in Aussicht gestellte ungleich bessere Besoldung und der Titel Regierungsrath gewiß Manchen verlockend erschienen sein mag, ist doch, wie wir aus guter Quelle vernehmen, die Zahl Derjenigen, welche sich zum Uebertritt in die Verwaltungsfunktionen gemeldet haben, eine ungleich geringere geblieben, als man nach der Lage und den Aussichten des Avancements in der Justizverwaltung annehmen zu können glaubte. Vielfach scheint die allerdings wohl außerordentlich schwierige und anhaltbare Thätigkeit eines Oberinstituten aller Veranlagungsverhältnisse abschreckend gewirkt zu haben. Namentlich in Berlin selbst sind die Meldungen relativ sehr wenig zahlreich gewesen."

Demokratische Theorie und juristische Praxis scheinen sich demnach auch in diesem Falle nicht recht in Einklang zu befinden.

Aus dem „Hamb. Korr." übermittelt „W. T. B." folgende, dem Hamburger Blatte aus Berlin eingesandte Auslassung:

„Die chinesische Angelegenheit mimmt die öffentliche Aufmerksamkeit in hohem Grade in Anspruch. Europa und Amerika haben die größten gemeinsamen Interessen im China und werden selbstverständlich auch gemeinsame Schritte unternehmen. Aber auch andere Staaten haben Sonderinteressen in China. Auffrachen zwischen den europäischen Kabinetten werden wohl zu bestimmten Abmachungen führen. Gegenüber der Behauptung, daß dieses bereits geschehen sei, können wir feststellen, daß dieses bis heute noch nicht der Fall ist."

Das anläßlich seines heutigen fünfzigjährigen Dienstjubiläums an den bayerischen Kriegsminister, General der Infanterie v. Cassertlinig, gerichtete, bereits kurz an anderer Stelle erwähnte Kabinetsschreiben des **Prinz-Regenten von Bayern** lautet:

„Mein lieber General der Infanterie und Kriegsminister v. Cassertlinig!

Wie Sie Mir unterm 20. d. M. berichtet haben, begehen Sie am 26. l. M. Ihr fünfzigjähriges Dienstjubiläum. Indem Ich Ihnen aus diesem Anlaße in huldvoller Anerkennung Ihrer treuen Dienste so langen Dienstzeit mit innerstlicher Hingebung und immer gleicher Treue im Krieg und im Frieden der Armee geleisteten Dienste das Ehrenkreuz des Ludwigs-Ordens überfende, spreche Ich Ihnen zu der für Sie so erhebenden Erinnerungsfeier Meine herzlichsten Glückwünsche aus und bitte, übrigens zu sein, daß Ich Ihre Dienste jederzeit in dankbarem Gedächtniß behalten werde. Möge der Lenker aller unserer Schicksale zu Meinem innigen Wunsche für Sie auch seinen Segen geben und es gnädig zu fügen, daß Ich und die Armee noch recht lange in dem Besitze Ihrer Dienste bleiben können.

Berchtesgaden, den 22. Oktober 1891.

Ihr sehr geneigter

Luitpold, Prinz-Regent von Bayern."

Die Wiener „Presse" bespricht die **parlamentarische Erledigung der neuen Handelsverträge** und meint, wie die Dinge heute stehen, könne man mit Wahrscheinlichkeit annehmen, daß außer dem paraphirten österreichisch-deutschen Handelsvertrage der Vertrag zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien zu einem Zeitpunkte zu Stande kommen werde, welcher es gestatte, daß außer dem erwähnten auch diese Verträge noch vor den Weihnachtsferien den Legislativen unterbreitet werden. Dagegen sei die Frage, ob und wann die Handelsvertrags-Verhandlungen mit der Schweiz fortgesetzt, beziehungsweise zur Beendigung gelangen werden, noch eine unentschiedene. Was endlich die Vertragsverhandlungen mit Serbien anbelangt, welche in nächster Zeit beginnen sollen, so lasse sich ihre Dauer und ihr Endresultat derzeit nicht voraussehen. Es bleibe sonach abzuwarten, in welcher Weise sich die Regierungen Oesterreich-Ungarns und Deutschlands in Betreff der legislativen Erledigung der Handelsverträge verständigen werden, wobei zu beachten käme, daß die Publizirung der bereits abgeschlossenen Verträge für die im Zuge befindlichen Vertragsverhandlungen nicht gleichgültig sein kann.

Den muthmaßlichen Zeitpunkt, wann dem Deutschen Reichstage die Verträge vorgelegt werden dürften, haben wir bereits angedeutet. Für Oesterreich-Ungarn ist die Frage durch den im nächsten Monat stattfindenden Zusammentritt der Delegationen und den Umstand, daß die parlamentarischen Körper die Weihnachtsferien auch über die Festtage des erstes bezw. Kalenders, also bis gegen Mitte Januar auszudehnen gewohnt sind, allerdings schwieriger zu beantworten.

Bezüglich der Regelung der **Handelsbeziehungen Frankreichs** wird als Absicht der französischen Regierung bezeichnet, wie „Wolff's Telegraphen-Bureau" berichtet, folgendes mitgetheilt:

„Die Regierung wird, wie der „Temps" meldet, da vor Ablauf der Handelsverträge keine genügende Frist zu auf dem neuen Zolltarif basirenden Verhandlungen übrig bleibt, von dem Parlament demnächst die Autorisation verlangen, mit den fremden Staaten provisorische Handelsbeziehungen festzustellen. Belgien, die Niederlande, die Schweiz, Spanien, Portugal und Schweden-Norwegen sollen bis Ende des Jahres 1892 die Begünstigungen des neuen Zolltarifs genießen, falls sie Frankreich während derselben Zeit ihren ermäßigtesten Zolltarif bewilligen. Die meistbegünstigten Nationen, Deutschland, Oesterreich, Türkei, Rußland, England, Griechenland, Mexiko, würden konsequenterweise gleichfalls bis Ende 1892 des Minimaltarifs theilhaftig. Auf Kumänien, Italien und die Vereinigten Staaten von Nordamerika würde der Maximaltarif angewendet werden, wobei es ipso alle Ausnahmebestimmungen, als Differenzialzölle, gegen Italien wegfallen würden."

Wir haben verschiedentlich hervorgehoben, wie stark bei den persönlichen **Streitigkeiten in der Sozialdemokratie** das „Geschäftliche" mitspricht. Daß Herr Werner, offenbar Nachtheile für die Buchdruckerei, der er angehörte, befürchtend, aus derselben austrat, erwähnten wir bereits; andere

---

Aus Berlin.

1. Gestern haben **Kirchenwahlen** in 19 Berliner Gemeinden stattgefunden. Man hieß Parochien und zwar Zion, Heiligkreuz, Andreas, Emmaus, die Dankeskirchengemeinde, Jakobi, Luisenstadt, Jerusalem und Georgen entschieden sich in liberalem Sinne. — In Marien und Nikolai wurden die mehr nach links neigenden Kartellkandidaten gewählt. In Johannis brachten zwar die Positiven vier Kirchenrathsmitglieder und einen Vertreter durch, ein Kirchenrathsmitglied und neuen Vertreter aber haben die Liberalen in einer noch folgenden Stichwahl unter sich zu wählen. Sechs Gemeinden wählten positiv und zwar die beiden Gemeinden der Bethlehemskirche, Dorotheenstadt, Zwölfapostel, Simeon und Johannis und Evangelist. Ungültig wurde die Wahl in Golgatha. Das Gesammtergebniß der bisherigen Kirchenwahlen ist somit dahin zusammenzufassen, daß von den 34 Gemeinden, deren Wahl bisher entschieden ist, 14 liberal und 16 positiv gestimmt haben, während in vier Gemeinden die Kartellkandidaten gewählt sind.

Am heftigsten entbrannte diesmal der Wahlkampf in der Stendargemeinde mit ihren 4760 eingeschriebenen Wählern, von denen 3734, 1809 mehr als vor drei Jahren, sich betheiligten. Vor der Kirche kam es wiederholt zu lebhafteren Auseinandersetzungen, im Allgemeinen verlief aber die Wahl ohne Störungen, und fiel, wie schon angedeutet, zu Gunsten der Liberalen aus. Ungewöhnlich stark war die Wahlbetheiligung auch in Heiligkreuz, wo von 4745 Eingeschriebenen 3108 ihr Wahlrecht ausübten, gegen 2137 vor drei Jahren. — In der Andreasgemeinde, die 715 eingeschriebene Wähler aufwiesen, stegten mit 392 von 507 gültigen Stimmen die Liberalen, die bisher stets die Majorität gehabt haben. — In der Emmausgemeinde erhielt sich die liberale Majorität, die bereits vor vier Jahren bei Gründung der Gemeinde vorhanden war. Die Gemeinde zählt 1305 eingeschriebene Wähler, wovon 915 erschienen waren. — In der Dankeskirche erschienen 567 von 973 Eingeschriebenen an der Urne, 157 mehr als vor drei Jahren. Mit 343—344 Stimmen wurden die liberalen Kandidaten gewählt. — In der Jakobigemeinde erschienen 869 von 1458 Eingeschriebenen zur Wahl. Mit 640 bis 654 Stimmen wurden die liberalen Kandidaten gewählt. — In der Jerusalemsgemeinde erschienen von 921 Eingeschriebenen 360, die ihre Stimmen auf die liberalen Kandidaten vereinigten. — In der Luisenstadtkirche hatten die Positiven gleichfalls auf Aufstellung eigener Kandidaten verzichtet. Es stegten somit die Kandidaten der Liberalen, die 239 bis 256 Stimmen von 268 abgegebenen erhielten. — In der 1222 Wähler umfassenden Georgengemeinde, in der vor drei Jahren die Positiven zum ersten Mal stegreich gewesen waren, konnten sich diesmal die Liberalen behaupten. Es wurden ihre Kandidaten mit 450 von 768 gültigen Stimmen gewählt. — In Marien hat das Kartell auch diesmal gesiegt. Der Wettbewerb des neugebildeten Parochialvereins, der im Uebrigen einen Theil der Kartellkandidaten auch zu den seinigen gemacht hatte, war erfolglos. Von 339 Eingeschriebenen betheiligten sich 195 an der Wahl gegen 126 vor drei Jahren. — Auch in Nikolai vermochte der neue Parochialverein die Stellung des Kartells nicht zu erschüttern. — In der Johannis-Parochie haben es die Positiven durch Unentschiedenheit dahin gebracht, daß ihnen ein Theil der Sitze zugefallen ist, während im Uebrigen eine Stichwahl stattfinden muß, bei der ausschließlich liberale Kandidaten in Frage kommen. Die Positiven, welche an sich in Moabit über eine sichere Majorität verfügen, hatten zwei verschiedene Listen aufgestellt, weil einer Minorität der Partei die Person des Führers der Majorität, Lithograph Fischendörfer, nicht genehm war. Abgegeben wurden 1828 gültige Stimmen; es entfielen auf die liberalen Kandidaten 730 bis 732, auf die Partei Fischendörfer 719 bis 723 und auf die positive Gegenpartei 385. Absolute Majorität erhielten somit nur diejenigen Kandidaten, welche von zwei Seiten aufgestellt waren. — In der Lutherkirche Bethlehemsstücke war zur einen positive Liste aufgestellt. — In der Böhmischen Bethlehemsgemeinde gab es gleichfalls nur positive Kandidaten. — In der Dorotheenstadtgemeinde, deren Wahlergebniß 387 Wähler betheiligten sich nur 164 Positive an der Wahl, die Liberalen hatten, wie schon früher, auf den Wahlkampf verzichtet. — In Zwölf-Apostel behaupteten sich mit 452 von 764 gültigen Stimmen die Positiven. In Johannis-Evangelist sind gestern die letzten Liberalen verdrängt worden. Gewählt wurden mit 194 von 318 gültigen Stimmen die positiven Kandidaten. Auch in der 1975 Wähler umfassenden Simeongemeinde, wo 1317 Stimmzettel abgegeben wurden, vermochten die Positiven die noch in der Kirchenbehörde sitzenden Liberalen zu verdrängen. Ungültig wurde der Wahlakt in der Golgathagemeinde, wo sich drei Parteien gegenüberstanden und zwar die liberale, die positive Partei der bisherigen, dem Pfarrer Witte verfeindeten Gemeindekirchenbehörden, und die Anhänger des Pfarrer Witte. Zur Wahl erschienen 332 Personen. In den Urnen wurden 164 liberale, 125 anti-Wittesche und 50 Stimmzettel der Partei Witte, sowie 4 andere, zusammen also 341 Stimmzettel, somit 9 mehr vorgefunden, als Wähler erschienen waren und da auch bei der Vertreterwahl die Zahl der Stimmzettel die der angeschriebenen Wähler um 6 übersteig und sich endlich in den Wählerlisten mehrfach Fehler vorfanden, blieb nichts anderes übrig, als die Wahl für ungültig zu erklären. Wie es heißt, wollen die Liberalen und die Partei Anti-Witte sich zu gemeinschaftlichem Vorgehen auf Grund eines Kompromisses eine einzige Liste aufstellen.

---

* Wie der ch.-Berichterstatter vernimmt, soll auf eine ministerielle Anordnung die Frage der Herstellung einer elektrischen Hochbahn durch die südlichen Stadttheile Berlins zwischen dem Stadtbahnhof zoologischer Garten und dem Schlesischen Bahnhofe einer eingehenden Prüfung unterzogen werden; gegenwärtig finden Verhandlungen der polizeilichen und städtischen Behörden unter Betheiligung der Firma Siemens u. Halske, welche den Bahnbau ausführen will, stattfinden.

1. Die von Siemering's Hand gemeißelte Büste des Prof. A. W. Eichler ist gestern Mittag im Botanischen Museum enthüllt worden. Die Büste hat ihren Platz im großen Saal des weiten Museums gefunden, wo die Gewächs-, Konserven und Palmen-Gruppen sich finden, jene Pflanzengattungen, denen Eichler mit besonderer Vorliebe seine Studien gewidmet hat. Zu Seiten der Büste hatten die Chargirten des Akademischen Vereins für Naturwissenschaft und Medizin und des Akademisch-pharmazeutischen Vereins mit ihren prächtigen Bannern Aufstellung genommen. Von der Familie des Gefeierten war die Wittwe und eine Tochter erschienen. Die Regierung war durch Geh. Rath Naumann, die Universität durch den Rektor Prof. Förster, die Akademie der Wissenschaften durch Geh.-Rath Dubois-Reymond, die Landwirthschaftliche Hochschule durch den Rektor Prof. Kurz, das Museum für Naturkunde durch die Direktoren Geh. Rath Beyrich und Geh. Rath Möbius, der Verein zur Beförderung des Gartenbaues in den preußischen Staaten durch Geh. Rath Wittmack, der Botanische Verein für die Provinz Brandenburg durch die Professoren Magnus und Ascherson, die Deutsche Botanische Gesellschaft durch Prof. Pringsheim, das Zoologische Institut durch Prof. Gilhard-Schulze vertreten. Mit sahen ferner Prof. Schwendener, Geh. Rath Vater, Dr. Martius und zahlreiche Freunde und Schüler des Verstorbenen. Auch eine Tochter Alexander Braun's, des Amtsvorgängers, Frau Prof. Mettenius, wohnte der Feier bei. Eingeleitet wurde dieselbe vom Akademischen Gesangverein mit Bellermann's Hymne „Nun danket der ohne Wandel lebet". Dann trat der Direktor des Botanischen Gartens, Prof. Engler, vor, um mit der Wehrede eine Schilderung der Verdienste Eichler's zu verbinden. Er wdrigte ihn als vorzüglichen Dozenten und energischen Direktor des Botanischen Gartens. Mit der Errichtung des Botanischen Museums ist ein Institut geschaffen, welches von keinem anderen des Kontinents übertroffen und dessen Bedeutung unabsehbar gewachsen ist, seitdem unser Vaterland in die Kolonialpolitik eingetreten. Leider aber habe Eichler vielfach nur ideen, nicht aber enten können, da ein früher Tod ihn aus einem reichen Leben hinweggerafft. Im Namen des Gartens übernahm sodann Prof. Engler die Büste mit dem Wunsche, daß der Verewigte im Wollen und im Wolbringen auch ferner leuchtendes Vorbild bleibe. Bellermann's Lied „Den Namen eines Gerechten" schloß die Feier. Zu Denjenigen, die zur Schaffung der Büste beigetragen, gehört auch der entthronte Kaiser von Brasilien und das preußische Kultusministerium.

---

ab. Der Berliner Verein homöopathischer Aerzte, der Verein „homöopathisches Krankenhaus", und der „erste homöopathische Verein zu Berlin" hat an die städtischen Behörden ein Gesuch gerichtet um Ertheilung eines Krankenhauses, bezw. Ueberlassung einer Baracke zum Zwecke homöopathischer Behandlung von Kranken.

ab. Die Verhandlungen über die Anlage einer Pferde-Eisenbahn von Pankow bis Nieder-Schönhausen sind bis auf Abänderung einiger Bedingungen über die Ausführung des Baues nunmehr zum Abschluß gelangt. Der Bau der Bahn, welcher auf Kosten der Gemeinde Nieder-Schönhausen erfolgt, muß spätestens bis zum 15. Juni 1892 vollendet sein und geht dann in das Eigenthum der Pferdebahn-Gesellschaft über. Der Betrieb ist ein durchgehender. Berlin-Pankow-Nieder-Schönhausen; die Wagen sollen alle 12 Minuten im Sommer, alle 24 Minuten im Winter fahren.

---

* Eine entsetzliche Bluthat, ansehnend die That eines Irrsinnigen, ist in der Nacht zum gestrigen Sonntag in der Holzmarktgasse vollführt worden. Das scheußliche Verbrechen, das in gewisser Beziehung den blutigen Thaten Jack des Aufschlitzers" in den Straßen von Whitechapel gleicht, wirft in erschreckend grelle Streiflichter in die Nacht- und Schattenseiten des Lebens unserer Großstadt, daß sich die Ueberzeugung aufdrängt, nur eine auf den Grund gehende Umänderung und Regelung der bestehenden Verhältnisse könne da Abhülfe schaffen. Nur mit Widerwillen kann man auf eine Wiedergabe der Einzelheiten bei der neuen Mordthat eingehen; denn es ist ein Abgrund von widerlichstem Schmutz und abscheulichstem Laster, der sich da vor den entsetzten Blicken auftut. Doch nur die offene, sachgemäße Erörterung kann den Weg weisen, der zur Beseitigung derartiger Uebelstände, der fressenden Pestbeulen an dem Körper der Gesellschaft, führt.

Die erste Mittheilung über die Bluthat übermittelte gestern Vormittag weiteren Kreisen eine Bekanntmachung des königlichen Polizeipräsidenten an den öffentlichen Anschlagsäulen mittelst der üblichen blutrothen Zettel, folgenden Inhalts: „300 ℳ Belohnung. In der Nacht vom 24. zum 25. Oktober d. J. gegen 1 Uhr wurde in einer Kellerwohnung des Hauses Holzmarktgasse Nr. 10 die unter sittenpolizeilicher Kontrolle stehende unverehelichte Hedwig Nitsche durch einen Mann, der sie in der Köpnickerstraße angesprochen und den sie nach der bezeichneten Wohnung mitgenommen hatte — anscheinend durch Stiche in den Hals —, ermordet. Der Leib ist in seiner ganzen Länge aufgeschnitten. Der Thäter ist gesehen worden und wird wie folgt beschrieben: Alter etwa zwanzig Jahre, mittelgroß, schlank, aschblonde, in die Stirn hineingekämmte Haare, kleine blonde Kinnbartansatz, bekleidet mit kaffeebraunem Ueberzieher, welcher mit Blut besteckt sein dürfte, dunkler Anzug, kleiner hellgrauer Filzhut mit hellem Bande und kleiner Krempe. Seine blutigen Manschetten hat der Thäter zurückgelassen."

Die Holzmarktgasse ist bekanntlich eine schmale Straße, die, im rechten Winkel umbiegend, aus der Köpnickerstraße in die Michaelkirchstraße führt. In dem Keller des Hauses Nr. 10 dieser Gasse bewohnt der Schlächtergeselle Poertsch mit seiner Frau ein einfenstriges Zimmer, das die Gleiste als „Abstiegquartier" an Dirnen zu vermiethen pflegen; die Frau Poertsch hält sich, wenn das Zimmer von diesen Gästen belegt ist, vor der Thür auf, während ihr Mann ins Wirthshaus geht. In der Nacht zum Sonntag gegen 11 Uhr kam die Nitsche, wie das „Kl. Journ." mittheilt, eine kleine, in Schlesien geborene Person, mit schwarzem Haar, in Begleitung des in der polizeilichen Bekanntmachung beschriebenen Mannes in die Kellerwohnung, die nun Frau Poertsch verließ, um sich vor die Hausthür zu stellen. Hier dürfte sie, ihrer Angabe gemäß, ungefähr 15 Minuten gestanden haben, als eine andere Dirne, Franziska Müller, anlangte. Die Müller wechselte mit der Poertsch einige Worte, trat dann mit ihrem